

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Krümpel,
meine Herren des Verwaltungsvorstandes, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

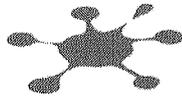
„Am Ende wird alles gut und wenn es nicht gut ist, ist es noch nicht das Ende“

Diese optimistische Lebensweisheit hätte ich gern als Überschrift und Motto für meine kurze Stellungnahme zum Haushalt 2014 gewählt – allein die Verhältnisse, unter denen wir heute unseren Haushalt 2014 beschließen werden, lassen diesen Satz nicht zu. Die Tatsache, dass wir uns noch nicht in einem Nothaushalt befinden, kann nicht darüber hinweg täuschen, dass die Not groß ist und kaum abwendbar erscheint. Ein Haushaltsdefizit von rund 10 Millionen Euro in der Fortsetzung der defizitären Haushalte der vergangenen Jahre kann niemanden mit der vagen Hoffnung auf bessere Zeiten in Sicherheit oder Zuversicht wiegen. Die Suche nach Auswegen wird drängender und in höchstem Maße beunruhigend. In dieser Ausgangslage wird die Frage nach den Ursachen für diese zutiefst aufwühlende und desaströse Entwicklung zum unabweisbaren Dreh- und Angelpunkt für eine verantwortliche Zukunftsgestaltung. Warum stehen wir dort, wo wir stehen? Mögliche **Antworten** auf diese Frage könnten sein:

1. Wir leben über unsere Verhältnisse, verschwenden unsere Mittel, die Verantwortlichen haben den Blick für das „Machbare“ und das „Verantwortbare“ verloren.
2. Wir befinden uns in einer gesamtwirtschaftlich schwierigen Phase, nach deren Überwindung wir mit eiserner Disziplin und energischem Sparwillen mittelfristig das Licht am Ende des Tunnels nicht nur sehen, sondern auch erreichen.
3. Wir arbeiten und wirtschaften unter Rahmenbedingungen, die zunehmend unserem Einfluss entzogen und deren katastrophale Auswirkungen im Prinzip kaum oder gar nicht durch unser Handeln beeinflussbar sind.

Diese –zugegeben- grobe, fast holzschnittartige Darstellung unseres Handlungsrahmens mag denen nicht gefallen, die sich der Illusion verschrieben haben, kleine und kleinste Korrekturen seien auf lange Sicht der Weg zu Rettung und Heil. Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich und mit mir die Kollegin Birgit Marji und alle sachkundigen Bürger der AFR diese Illusion nicht teilen.

Zur Antwort 1 (*Wir leben über unsere Verhältnisse, verschwenden unsere Mittel, die Verantwortlichen haben den Blick für das „Machbare“ und das „Verantwortbare“ verloren*) kann ich darauf verweisen, dass in der inzwischen aufgelösten „Strategie- und Finanzkommission“ über Jahre alles auf den Prüfstand gestellt wurde, was auch nur das geringste Einsparpotential aufzuweisen schien. In diesen Jahren der gemeinsamen, überfraktionellen Bemühungen um Einsparungen und Haushaltsdisziplin ist mir kein einziger nennenswerter Punkt in Erinnerung, der Mehrheitsentscheidungen gegen haushaltspolitische Vernunft beinhaltet hätte. Dass die Arbeit dieser Kommission dann letztlich als abgeschlossen betrachtet und eingestellt wurde, darf der Erkenntnis zugeschrieben werden, dass die Zitrone ausgepresst war und dass auf diesem Wege weder Erlösung noch Erleuchtung zu gewinnen war. Die Metapher, dass Kleinvieh auch Mist mache, tröstet nur diejenigen, die in kleinem Denken den Ausweg aus großen Problemen suchen. Es stimmt: Kleinvieh macht auch Mist, aber eben Mist und schafft keinen Ausweg.



Zur Antwort 2 (*Wir befinden uns in einer gesamtwirtschaftlich schwierigen Phase, nach deren Überwindung wir mit eiserner Disziplin und energischem Sparwillen mittelfristig das Licht am Ende des Tunnels nicht nur sehen, sondern auch erreichen.*) muss ich feststellen, dass nur diejenigen, die den Blick für die Realität und für mögliche künftige Entwicklungen vollends verloren haben, sich an diese Illusion klammern können. Selten waren die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie wir sie gegenwärtig vorfinden, so günstig wie heute. Nur unverbesserliche Optimisten, fast möchte ich sagen „Traumtänzer“, die mit beiden Beinen fest in der Luft stehen, können sich der Illusion hingeben, dass eine weitere Steigerung der Wirtschafts- und Wachstumsdaten auf lange Sicht, Garant für steigende Erträge und damit einen langfristig ausgeglichenen Haushalt sein könnten. Man darf ganz im Gegenteil die Befürchtung haben, dass eine Verringerung des wirtschaftlichen Wachstums, eine Abschwächung der Konjunktur, damit verbunden eine Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt für Kommunen wie Rheine schnell dramatische Veränderungen mit sich brächte. Rückgang der Erträge und Erhöhung der Aufwendungen, insbesondere im Bereich der Transferleistungen ließen die Schere zwischen Erträgen und Aufwendungen weiter auseinander klaffen.

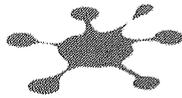
Zur Antwort 3 (Wir arbeiten und wirtschaften unter Rahmenbedingungen, die zunehmend unserem Einfluss entzogen und deshalb im Prinzip kaum oder gar nicht durch unser Handeln beeinflussbar sind.)

Ich zitiere zunächst aus dem Haushaltsplanentwurf 2014 der Stadt Rheine aus dem Vorbericht auf S. 30: „*Als Fazit ist festzuhalten, dass auch die Ergebnis- und Finanzplanung 2014 -2017 umfangreiche Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung enthält und Schritte zur weitergehenden Haushaltskonsolidierung eingeleitet sind.*

Allerdings werden all diese Anstrengungen nicht ausreichen, um den Haushalt der Stadt dauerhaft wieder in geordnete Bahnen zu führen und den Eigenkapitalverzehr zu Lasten nachfolgender Generationen zu stoppen. Hier gilt es die Bemühungen weiter zu verstärken. Zur Finanzierung der vom Bund und Land übertragenen Aufgaben sind die Kommunen auf weitere Entlastungen angewiesen. Insbesondere hat sich der Bund angemessen und dauerhaft an den gesamtstaatlichen Aufgaben wie der Eingliederungshilfe zu beteiligen. Daneben benötigen sie vom Bund und Land weitergehende Unterstützung bei der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere zur Erfüllung des Rechtsanspruchs bei der Kindertagesbetreuung.

Das Thema Inklusion ist stärker in den Vordergrund gerückt. Welche finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen insgesamt zukommen, lässt sich derzeit noch nicht ermitteln und ob hierfür Mittel vom Bund und Land zur Verfügung gestellt werden, ist ebenfalls noch unklar.“

Um es kurz zu machen: Hier finden wir (übrigens in fast wortidentischen Textblöcken, wie sie auf derselben Seite des Haushaltsplanes 2013 zu finden sind – ich empfehle Ihnen den genauen Textvergleich zur Lektüre!) zumindest in Grundzügen einen wichtigen Hinweis auf die Unlösbarkeit des Dilemmas, in dem wir uns befinden. Ohne mich hier weiter in langen und ermüdenden Zitaten zu ergehen, sage ich ganz schlicht und einfach: Solange die Kommunen mit immer neuen Aufgaben und zusätzlichen finanziellen Lasten befrachtet werden, für die sie keine adäquaten Hilfen der Auftraggeber Bund und Land erhalten, sind Einsparungen zwar weiterhin nötig, aber keineswegs zielführend auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt oder gar zum Abbau des gigantischen Schuldenberges, der künftigen Generationen aufgebürdet wird.



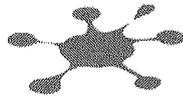
Das Fazit lautet deshalb: Auch wenn wir weitere Einsparungen bei den freiwilligen Leistungen vornehmen, auch wenn wir den Gürtel enger schnallen als bisher und damit jegliche Gestaltungsmöglichkeiten für eine lebens- und liebenswerte Stadt abwürgen und im Keim ersticken, wir werden damit das Ziel eines konsolidierten Haushaltes und des Abbaus der erdrückenden Schuldenlast bis zum St. Nimmerleinstag nicht erreichen. Bund und Land dürfen den Kommunen keine zusätzlichen Aufgaben mehr aufbürden, ohne das nötige Geld dafür bereitzustellen. Nur die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips oder: „Wer die Musik bestellt, der muss sie auch bezahlen“ kann auf Dauer einen Weg zu solider und verantworteter Finanzpolitik sein. Auch die Finanzierungswege müssen einfacher und transparenter gehandhabt werden. Das beliebte Verfahren des Bundes, Finanzzuweisungen an die Kommunen über die Länder laufen zu lassen, führt nicht selten dazu, dass Länderfinanzminister bei diesem Verfahren schon mal „klebrige Finger“ bekommen, wie es der Vorsitzende der NRW-CDU Armin Laschet kürzlich einmal formulierte. Die Kommunalverbände unterstützen diese Forderung nach direkter Zuweisung der Finanzmittel, CDU und SPD zeigen allerdings als GroKo-Kapitäne im selben Berliner Regierungsboot wenig Neigung diese umzusetzen.

Zum Haushalt 2014:

Die Differenz zwischen dem Gesamtbetrag der Erträge und dem Gesamtbetrag der Aufwendungen im Ergebnisplan – und damit ein wichtiger Indikator für die finanzielle Lage unserer Stadt- stellt sich heute mit einem Fehlbetrag von knapp 10 Mio. € entschieden ungünstiger dar als noch vor einem knappen Jahr gedacht und angenommen. Die bescheidenen Ergebnisverbesserungen von weniger als 400.000 Euro, die im Rahmen der Haushaltsberatungen seit der Einbringung des Entwurfes im Herbst 2013 erzielt wurden, sind angesichts des immensen verbliebenen Defizits eine fast anrührende Kleinigkeit und zeigen den mehr als bescheidenen Gestaltungsrahmen der hier Versammelten auf, zumal ein großer Anteil dieser „Einsparungen“ auf der Streichung der im HH-Entwurf der Bürgermeisterin vorgesehenen leistungsorientierten Bezahlung von Beamten beruht. Sicher ist diese Streichung publikumswirksam, vielleicht auch als populistische Empfehlung im Wahlkampf gedacht, aber diejenigen, die sich so positionieren, sollten keine Krokodilstränen darüber vergießen, dass qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für verschiedene Aufgaben in der Kommunalverwaltung zunehmend schwer zu finden sind.

Vorschlussbemerkung:

Die Haushaltsberatungen der vergangenen Monate haben deutlich werden lassen, dass SPD und Grüne den heute zu verabschiedenden Haushaltsplan 2014 ablehnen werden und sich damit aus der Verantwortung für diese Stadt zumindest für ein weiteres Jahr suspendieren werden. Die Standortentscheidung für die Sekundarschule im Schotthock, die von der Ratsmehrheit gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AFR getroffen wurde, dient dabei wie schon im vergangenen Jahr als „Hauptargument“ für die „Verantwortungsverweigerung“ von Rot-Grün. (Im letzten Jahr habe ich es „Feigenblatt“ genannt). Ich widerstehe an dieser Stelle der Versuchung, die gesamte Standortdebatte noch einmal aufzunehmen. Für die AFR ist die Entscheidung ein Faktum, auf dessen Grundlage weitere Entscheidungen aufbauen. Wer das nicht anerkennt, verweigert sich der Realität. Es bleibt bis zum 25. Mai eine spannende Frage, ob die Wählerinnen und Wähler im Schotthock, aber auch in der gesamten Kommune diese Haltung der Verantwortungsverweigerung durchschauen oder sich täuschen



lassen. Wie lange wollen SPD und Grüne sich weigern, diese Schule, die nun einmal auf dem Weg ist, in ihrer Entwicklung zu unterstützen? Wer sich sogar weigert, in einem baubegleitenden Ausschuss die Gestaltung und Entwicklung dieser Schule zu unterstützen, muss irgendwann die Frage beantworten, wie er aus dieser Sackgasse wieder herausfindet. Wollen Sie dem ersten Entlassjahrgang der Sekundarschule im Frühsommer 2019 mitteilen, dass Sie den erfolgreichen Schulabschluss nicht aus vollem Herzen mitfeiern können, weil er aus der Sicht von Rot-Grün am falschen Standort erworben wurde???

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, die Antwort ist doch ganz einfach: Wer in einer Sackgasse ist, kommt nur wieder heraus, indem er umkehrt und die Fahrtrichtung ändert. Es wäre schön, wenn Sie diese Erkenntnis beherzigen und zur Übernahme von Gesamtverantwortung zurück fänden. Die Stadt braucht zwar keine große Koalition, aber in grundsätzlichen Fragen der Verantwortlichkeit ist eine breite Mehrheit von Nutzen.

Jedes Ratsmitglied steht heute vor der Frage, ob es Verantwortung für unsere Stadt unter den zuvor skizzierten Rahmen- und Handlungsbedingungen durch Zustimmung zur Vorlage 113/14 übernehmen will. Wer sich verweigert, ohne wirkliche Alternativen aufzuzeigen, handelt verantwortungslos, eine Kommune ohne gültigen Haushalt ist quasi handlungsunfähig. Die AFR ist bereit, mit anderen diese Verantwortung zu übernehmen und sich mit dieser Annahme der Mitverantwortung dem Votum der Wählerinnen und Wähler am 25. Mai 2014 zu stellen.

Die Fraktion AFR stimmt dem Beschlussvorschlag der Vorlage 113/14 in allen Punkten zu.

Bedanken möchte ich mich abschließend auch im Namen meiner Fraktionskollegin und Stellvertreterin Birgit Marji bei Ihnen, Frau Bürgermeisterin, bei Ihnen, Herr Krümpel und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die exzellente Vorarbeit als Voraussetzung für die geführten Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen und im Rat.

Bei Ihnen liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates bedanke ich mich für alle Beiträge, die zu einem insgesamt zielgerichteten und sachorientierten Beratungsprozess geführt haben.